

26. September 2007

Sendesperfrist: Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort!

Festrede

**„Verantwortung für Europa - Erfolgsperspektiven
gemeinsam gestalten“**

des Bundesministers der Finanzen

Peer Steinbrück

beim AGA-Unternehmensverband

am 26. September 2007

in Hamburg

Sehr geehrte Frau Bruhn-Braas,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor gut drei Monaten haben wir in Berlin den 50. Jahrestag der Römischen Verträge gefeiert. Dieses Jubiläum heißt vor allem: 50 Jahre Frieden in Europa. Damit ist selbstverständliche Realität geworden, was sich Generationen vor uns erträumt haben.

Mit dieser Selbstverständlichkeit hat sich die Triebfeder der Einigung Europas gewandelt. Die Furcht vor der Vergangenheit ist von der Aufgabe, die Zukunft zu gestalten, abgelöst worden. Damit steht die europäische Integration vor einer neuen Herausforderung: sie muss zeigen, dass sie mehr kann, als „nur“ Frieden zu schaffen.

Den Bürgerinnen und Bürgern muss wieder klar werden, Europa ist kein Selbstzweck, keine Selbstverwirklichungsübung Brüssler Technokraten. Europa ist kein Problem, sondern Teil der Lösung. Nur gemeinsam mit und in Europa können wir die Herausforderungen

des globalen Wettbewerbs erfolgreich meistern und die Chancen, die sich uns bieten, nutzen.

Meine Damen und Herren,

die Erfolgsgeschichte Europas wird sich nur fortschreiben lassen, wenn die europäischen Volkswirtschaften für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen. Entscheidend ist, dass die Menschen spüren, dass sie am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben und die Vorteile der Europäischen Einigung nicht nur leere Floskeln politischer „Sonntagsreden“ sind. Nur dann werden wir die aktuelle Legitimitätskrise der EU überwinden.

Vergleiche hinken bekanntlich, und gerade historische Vergleiche haben es da besonders in sich. Das ist mir bewusst. Doch die Geschichte Hamburgs als Hansestadt zeigt, dass Globalisierung kein unabwendbares Schicksal ist, sondern – wie bereits vor vielen Jahrhunderten – von einer starken und geschlossenen Gemeinschaft gestaltet und genutzt werden kann, um gemeinsam großen Wohlstand zu erreichen.

Erfolge der deutschen EU Ratspräsidentschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

um den bisherigen Erfolg der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion unter den Bedingungen des verschärften globalen Wettbewerbs fortzusetzen, müssen die Mitgliedstaaten ihre Handlungsfähigkeit weiter unter Beweis stellen – durch eine Vertiefung des europäischen Binnenmarktes, durch wachstumsorientierte Strukturreformen, aber auch durch verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitiken.

Wir können durchaus mit Selbstbewusstsein feststellen, dass wir während unserer EU-Präsidentschaft in der ersten Hälfte dieses Jahres in vielen Bereichen ein gutes Stück vorangekommen sind.

So konnte die Erfolgsgeschichte des Euro fortgeschrieben werden. Als 13. Mitgliedsstaat - und als erster der so genannten neuen Mitgliedstaaten überhaupt - hat Slowenien zu

Beginn des Jahres die Gemeinschaftswährung eingeführt. Mittlerweile konnten wir zudem mit den Verfahren beginnen, die es Malta und Zypern ermöglichen werden, den Euro zum 1. Januar 2008 einzuführen. Das erleichtert den innereuropäischen Handel, zum Beispiel über verringerte Kurssicherungskosten.

Uns ist es auch gelungen, die **Zahlungsdiensterichtlinie** zu beschließen. Die Richtlinie macht den Weg für einheitliche Produkte in der EU im Zahlungsverkehr frei.

Auf dieses Ergebnis während der deutschen EU-Präsidentschaft bin ich besonders stolz. Es wird den Bürgerinnen und Bürgern - und selbstverständlich auch den Unternehmen - erhebliche und greifbare Vorteile bringen.

Zahlungen innerhalb der EU über nationale Grenzen hinweg werden in Zukunft schneller und billiger werden. Für mich steht fest: Es sind gerade solche praktische Maßnahmen, deren Nutzen direkt spürbar sind, die zu mehr Akzeptanz für den europäischen Binnenmarkt führen.

Wichtige Impulse für mehr Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten

Meine Damen und Herren,

die aktuellen Finanzmarkturbulenzen haben uns deutlich vor Augen geführt: wir können uns der Dynamik der finanziellen Globalisierung nicht entziehen. Die Finanzmärkte generieren mit immer schnellerem Tempo neue Anlageprodukte. Dabei entstehen interessante Alternativen für die Refinanzierung von Unternehmen, deren Risikopotenzial allerdings oft nicht mehr abschätzbar ist.

Um dieses Problem besser beherrschbar zu machen, müssen wir an mehreren Stellen ansetzen. Ich denke hierbei vor allem an

- das problematische Verhalten von **Rating-Agenturen**,
- an die Frage, ob wir das **Bilanzrecht** ändern müssen, um bislang außerbilanziell durchgeführte Transaktionen besser überschauen zu können und an
- Implikationen mit Blick auf die Modernisierung der **Bankenaufsicht**.

Der entscheidende Faktor ist, ob wir es schaffen, die Risikobewertung der Marktteilnehmer durch mehr Transparenz auf den Kapitalmärkten zu erleichtern.

Wir haben deshalb im Rahmen unserer Doppelpräsidentschaft in der EU und der G7/G8 bereits Anfang des Jahres eine Initiative für mehr Transparenz auf den internationalen Kapitalmärkten angestoßen, die auf die am stärksten wachsende Branche des Finanzsektors zielt: die Hedge-Fonds.

An dieser Stelle ist es mir wichtig zu betonen, dass es uns dabei nicht um eine weitergehende staatliche Regulierung geht. Vielmehr wollen wir Impulse geben: Für eine intensive Beobachtung der systemischen Risiken und auch für eine mögliche Selbstregulierung der Branche.

Ohne Zweifel hat die aktuelle Situation die Sensibilität für das Thema deutlich erhöht. Ich erwarte deshalb, dass die Diskussion auf dem nächsten G7-Treffen im Oktober in Wa-

shington uns in unserem Bemühen um mehr Transparenz stärken wird.

Vollendung des Binnenmarktes fair gestalten – „Wettlauf nach unten“ verhindern

Meine Damen und Herren,

bei allen Fortschritten, die wir mit Blick auf den einheitlichen europäischen Binnenmarkt bislang gemacht haben – seine weitere Vertiefung ist eine wesentliche Voraussetzung für den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg der EU. Nur dann ergeben sich die Wachstumschancen, die wir für mehr Beschäftigung in Europa und die Sicherung unseres Wohlstands brauchen.

Ich bin von der Notwendigkeit überzeugt, dass wir mehr Liberalisierung und eine stärkere Öffnung der Märkte in Europa brauchen. Aber: Es muss fair dabei zugehen. Entscheidend ist, dass wir den Grundsatz der Gegenseitigkeit wahren und für die Unternehmen

gleiche Ausgangspositionen im europäischen Wettbewerb schaffen. Leider ist ein solcher fairer Wettbewerb heute nicht immer gegeben.

Das sieht man zum Beispiel daran, dass sich einige Mitgliedstaaten von der Aufgabe des Briefmonopols distanzieren, während Deutschland hier Vorreiter ist. Wir öffnen den Markt zum 1. Januar 2008, andere große Länder wie Frankreich oder Italien dagegen sind weit davon entfernt ein konkretes Datum zu nennen und fordern, die europaweite Frist weit über 2009 hinaus zu verschieben.

Es kann nicht sein, dass andere ihre Postmärkte „abschotten“, während deutsche Unternehmen von einer ausländischen Konkurrenz mit Dumpingpreisen und nicht vertretbaren Sozialstandards herausgefordert werden. Das hat mit meinem Verständnis von einem fairen Wettbewerb nichts zu tun! Wer bei uns mit der Post konkurrieren will, muss dem Unternehmen auch die Möglichkeit geben, in Auslandsmärkte expandieren zu können.

Ohne faire Wettbewerbsbedingungen wird die Legitimationskrise Europas verstärkt. Zum Schutz der Post und ihrer Beschäftigten unterstütze ich deshalb ausdrücklich die Einführung von Mindestlöhnen für Postdienstleistungen.

Meine Damen und Herren,

wichtig ist beim Zusammenwachsen des Binnenmarkts auch der Abbau steuerlicher Hindernisse. Allerdings darf der nicht dazu führen, dass wir uns in Europa auf einen schädlichen „Wettlauf nach unten“ einlassen.

Hierbei würde es keine europäischen Sieger, sondern nur Verlierer geben. Es macht keinen Sinn, dass wir uns in Europa gegenseitig die Mittel streitig machen, die alle Mitgliedstaaten brauchen, um eine leistungsfähige Infrastruktur oder Investitionen ins Bildungswesen zu finanzieren.

Wichtiger als Appelle sind intelligente europäische Rahmenbedingungen, die einen solchen dauerhaften Wettlauf nach unten verhin-

dern. Wir brauchen kluge Regeln und Verfahren, mit denen wir eine Niveauangleichung auf mittlerer Ebene erreichen und die mit unserem europäischen Wirtschafts- und Wertesystem vereinbar sind.

Ich befürworte deshalb eine sinnvolle einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer in Europa. Diese bietet nicht zuletzt auch handfeste ökonomische Vorteile: Eine vernünftige Ausgestaltung mit einer einheitlichen Gewinnermittlung baut Investitionshemmnisse innerhalb des Binnenmarktes ab und erhöht die Attraktivität des gemeinsamen Marktes auch für nichteuropäische Unternehmen.

Wir werden uns deshalb auf europäischer Ebene weiter dafür einsetzen, dass wir im Bereich der direkten Steuern - und insbesondere bei der gemeinsamen Bemessungsgrundlage - nennenswerte Fortschritte bei der europäischen Integration machen.

Chancen der EU-Erweiterung realisieren

Meine Damen und Herren,

da wir beim Thema Binnenmarkt sind, möchte ich mit dem verbreiteten Mythos aufräumen, der „ungebremste“ Wettbewerb auf dem Binnenmarkt und die EU-Erweiterung mache uns arm und vernichtet Arbeitsplätze in Deutschland.

Das Gegenteil ist richtig! Wir Deutsche verdanken unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze ganz wesentlich dem Umstand, dass wir unsere Waren in jetzt 27 Länder ohne Zölle und Grenzzäune verkaufen können.

Ohne den Handel mit unseren europäischen Nachbarn wäre Deutschland – statt stolzer Exportweltmeister – nur noch der 5. größte Exporteur der Welt!

Dass die Nachfrage nach deutschen Produkten im europäischen Binnenmarkt noch immer zweistellig zunimmt, haben wir zum großen Teil den Ländern Mittel- und Osteuropas

zu verdanken. Nur ein Beispiel: In Polen sind die Einfuhren aus Deutschland im vergangenen Jahr mit einem Plus von 29% regelrecht explodiert!

Es überrascht also nicht, dass Wirtschaftsforschungsinstitute in einer unlängst veröffentlichten Studie einen deutlich positiven Wachstumsbeitrag der Osterweiterung für Deutschland ermitteln. Wir können davon ausgehen, dass sich unser BIP durch die Osterweiterung um insgesamt rund 1% erhöhen wird.

Und wichtig für alle Skeptiker: im Prozess der Erweiterung fanden bisher keine nennenswerten Produktionsverlagerungen statt, denn die Direktinvestitionen in Osteuropa dienten vor allem der Markterschließung.

Unter dem Strich zeigt sich: Europa trägt dazu bei, Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern!

Wirtschaftslage in EU und Deutschland weiterhin positiv

Meine Damen und Herren,

trotz der Turbulenzen am Finanzmarkt sind die Konjunkturaussichten für Europa robust: Die Europäische Kommission geht davon aus, dass sich der Aufschwung in der EU in den nächsten beiden Jahren mit 2,8% bzw. 2,7% Wachstum des BIP fortsetzen wird. Auch andere internationale Institutionen haben ihre Prognosen kaum abgesenkt.

Wichtig ist dabei: Entgegen früherer Erfahrungen können wir eine inzwischen gewisse Entkoppelung von der amerikanischen Konjunktur beobachten. Dies liegt insbesondere in der starken europäischen Binnennachfrage begründet. Der Exportsektor ist nicht mehr allein treibende Kraft, konjunkturelle Krisen in den USA sind für uns zwar nicht unwichtig, aber längst nicht mehr so bestimmend wie in der Vergangenheit. Selbst die starke deutsche Exportwirtschaft exportiert nur knapp 11% in die USA, dafür schon über 40% in die von

Wechselkursschwankungen unabhängigen Länder der Eurozone und sogar über 60% in die Mitgliedstaaten der EU.

Insgesamt ist das Vertrauen von Verbrauchern und Unternehmen in Europa in eine positive Wirtschaftsentwicklung im Vergleich zu vergangenen Jahren gewachsen. Dies spüren wir gerade in Deutschland deutlich.

Was vor einigen Jahren noch undenkbar war, ist heute Realität: Die deutsche Wirtschaft hat nicht nur die „rote Konjunkturlaterne“ abgegeben – sie ist heute wieder eine der „Konjunkturlokomotiven der Europäischen Union!

Zur müßigen Frage, wer sich die Lorbeeren für den aktuellen Aufschwung in Deutschland ans Revers heften darf, heute nur so viel: die Politik ist zumindest nicht unbeteiligt daran.

Mit den Reformen der Agenda 2010 haben wir unter der Regierung Schröder begonnen, unser Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft zu erneuern.

Aufbauend auf diesen Reformen hat die Große Koalition mit dem 25 Mrd. € Programm gleich zu Beginn der Legislaturperiode gezielte Wachstumsimpulse gesetzt. Gleichzeitig haben wir mit einem konjunkturgerechten Konsolidierungskurs das Vertrauen der Marktteilnehmer weiter gestärkt.

Solide Finanzpolitik unverzichtbar für stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Meine Damen und Herren,

der Erfolg unserer Doppelstrategie ist ein eindruckvoller Beleg: solide Finanzen und eine gezielte Förderung der Marktdynamik müssen sich nicht widersprechen. Ganz im Gegenteil.

Nur mit einem dauerhaft höheren Wachstum kann der Abbau der Staatsverschuldung gelingen. Und nur mit soliden Staatsfinanzen ist ein dauerhaft höheres Wachstums- und Beschäftigungspotenzial möglich. Es kommt auf die richtige Balance an!

Mit der Entlassung aus dem Defizitverfahren in diesem Jahr hat Deutschland deshalb nicht nur einen besonderen Akzent während seiner EU-Ratspräsidentschaft gesetzt – wir haben damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Glaubwürdigkeit des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes geleistet.

Der reformierte Pakt bietet nun größere Flexibilität, um wirtschaftliche Erfordernisse zu berücksichtigen und erleichtert die Einbettung der Konsolidierungspolitik in eine mittel- und langfristig orientierte Wachstumsstrategie.

Die Frage nach einer mit Blick auf Stabilität und Wachstum situationsgerechten Finanzpolitik wird nun nicht länger allein anhand der 3%-Defizitgrenze beantwortet. Das war nicht nur angesichts der komplexen finanzpolitischen Realität falsch, sondern hat in einigen Fällen zu fragwürdigen, weil kurzfristig orientierten Konsolidierungsmaßnahmen geführt.

Ich stehe voll und ganz hinter dieser Reform, denn für mich heißt solide Haushaltspolitik nicht, sich mit kurzfristigen fiskalischen

„Atempausen“ zufrieden zu geben. Vielmehr muss es unser Ziel sein, die öffentlichen Haushalte nachhaltig erfolgreich zu konsolidieren. Nur dann leistet die Finanzpolitik – auch und gerade angesichts des demografischen Wandels – einen Beitrag zu dauerhaft stabilen Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa.

Die Vereinbarung der Finanzminister des Euro-raumes während der deutschen EU-Ratpräsidentschaft, bis spätestens 2010 einen strukturellen Haushaltsausgleich anzustreben, ist für mich in diesem Zusammenhang ein wichtiges Signal, dass eine solide Haushalts- und Finanzpolitik auch in Europa weiterhin ein zentrales gemeinsames Ziel bleibt.

Wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Teilhabe verbinden

Meine Damen und Herren,

wirtschaftliche Dynamik ist eine Grundvoraussetzung für Wohlstand, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt in Europa. Aber nur

die Verknüpfung von dynamischem Wachstum und sozialer Teilhabe kann stabile wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse dauerhaft sichern.

Es bringt nichts, den unweigerlichen Strukturwandel ausbremsen zu wollen. Wer diesen Weg einschlägt, wird nicht nur erfolglos bleiben, sondern setzt den Wohlstand Europas und damit auch Deutschlands aufs Spiel.

Wir müssen das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell an die veränderten Rahmenbedingungen des globalen Wettbewerbs anpassen – aber so wie es zu Europa passt.

Wir brauchen eine Politik, die gesellschaftliche „Brücken“ baut und gezielt die Beschäftigungschancen und Aufstiegsmobilitäten der Menschen fördert. Es geht darum, deutlich mehr Chancengerechtigkeit als in der Vergangenheit zu sichern, ohne das soziale Netz der Absicherung aufzugeben.

Investitionen in Bildung und intelligente Strategien für lebenslanges Lernen sind dabei die

entscheidenden gesellschaftlichen „Brücken“. Sie können dazu beitragen, dass mehr Menschen als heute mit dem raschem Wandel und den vielen Innovationen Schritt halten.

Der kritische Blick zeigt, dass wir – gerade in Deutschland - in wichtigen Bereichen noch Handlungsbedarf haben. Dies gilt vor allem für bei der vorschulischen Bildung sowie spezifischen Arbeitsmarktgruppen wie geringqualifizierten Jugendlichen und älteren Arbeitnehmern.

Für mich als sozialdemokratischer Finanzminister ist es unerträglich, dass ausgerechnet in Deutschland das Elternhaus stärker über den beruflichen Erfolg der jungen Menschen entscheidet, als in fast jedem anderen westeuropäischen Land. Der Integrationserfolg in unserem Land isst erschreckend schlecht.

Als Finanzminister, der für eine solide Haushaltspolitik und weniger Schulden steht, sage ich Ihnen, diese Bereiche sind von zentraler Bedeutung für unsere gesellschaftliche Ent-

wicklung: Hier müssen wir mehr Geld investieren und deutlich besser werden!

Gerade in der frühkindlichen Bildung wird der Grundstein für die soziale und ökonomische Teilhabe im Erwachsenenleben gelegt. Deshalb investiert der Bund 4 Mrd. € in den Ausbau der Betreuungsangebote für die kleinsten Kinder, obwohl die Zuständigkeit bei Ländern und Kommunen liegt. Damit bekommen gerade Kinder aus sozial schwachen Familien die Chance auf eine frühkindliche Betreuung und damit auf bessere Bildungschancen.

Aber auch die Unternehmen sind im Berufsleben gefordert. Wenn sie in Zukunft mehr junge, gute Frauen im Unternehmen halten wollen, werden sie sich an der Bereitstellung von Familieninfrastruktur beteiligen müssen.

Hinzu kommt: Unternehmen investieren zwar vergleichsweise viel in die Aus- und Fortbildung jüngerer Arbeitnehmer, aber kaum in die Weiterbildung ihrer älteren Arbeitnehmer, so dass am Ende des Erwerbslebens oft der vorzeitige Ruhestand steht. Das ist weder für die

meisten der betroffenen Vorruehstandler noch für unsere, mit einem erkennbaren Fachkraf-temangel konfrontierte Volkswirtschaft ein zufrieden stellender Zustand.

Schluss

Meine Damen und Herren,

nachdem in den ersten Jahrzehnten am Haus Europa mit dem Ziel gearbeitet wurde, den Frieden zu sichern, muss jetzt die Sicherung des wirtschaftlichen Erfolges im Mittelpunkt der europäischen Politik stehen.

Die Erfolgsgeschichte Europas wird sich letztlich nur dann fortsetzen lassen, wenn wir für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung in Europa sorgen – und zwar für möglichst alle Teile Europas.

Gerade für uns Deutsche mit unserer stark in der Weltwirtschaft verankerten Volkswirtschaft gilt: Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell ist die für uns am besten passen-

de Antwort auf die Globalisierung – vorausgesetzt, wir passen es immer wieder an neue Entwicklungen und Herausforderungen an.

Das ist genauso eine Aufgabe der Politik wie der Wirtschaft. Auch Sie können und müssen – nicht zuletzt durch eine moderne Aus- und Fortbildung Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Ihren Beitrag dazu leisten, dass unser Land die wirtschaftlichen Chancen ausschöpft, die uns Europa bietet.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!